Rede des Oberbürgermeisters der Stadt Emden, Tim Kruithoff, zum Gedenken an die Pogromnacht 1938 am 9. November 2026

Liebe Emderinnen und Emder,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind heute hier, um uns zu erinnern.

An die Zerstörung der Emder Synagoge. An die Verfolgung unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. An die Menschen, denen ihre Heimat, ihre Würde und schließlich ihr Leben genommen wurden.

In den vergangenen Wochen hat mich eine Frage beschäftigt:

Was, wenn unsere Erinnerung uns manchmal zu sicher macht?

Was, wenn wir aus der Beschäftigung mit den Verbrechen der Vergangenheit nicht nur historische Erkenntnis gewinnen, sondern auch eine trügerische Gewissheit über uns selbst?

Die Gewissheit, dass wir verstanden haben.

Dass wir heute auf der richtigen Seite stehen.

Dass wir damals anders gehandelt hätten.

Der Liedermacher Marlo Grosshardt hat 2024 ein Lied mit dem schlichten Titel „Oma“ veröffentlicht.

Darin wendet sich ein junger Mann an seine verstorbene Großmutter. Er erinnert sich an ihre Erzählungen über den Nationalsozialismus und an ihre Warnung, dass sich diese Geschichte niemals wiederholen dürfe.

Nun sieht er, wie rechtsextreme Überzeugungen wieder an Zustimmung gewinnen. Und er wünscht sich noch einmal das Gespräch mit seiner Großmutter. Ihre Stimme. Ihren Rat.

Ich frage mich:

Kann eine Generation der nächsten überhaupt die Fähigkeit vererben, das Richtige zu tun?

Wir können Wissen weitergeben. Erfahrungen vermitteln. Vor Gefahren warnen.

Aber können wir auch Urteilskraft vererben? Oder Mut?

Ich glaube nicht.

Und vielleicht liegt genau darin eine Schwäche unserer Erinnerungskultur, wenn sie sich zu sehr auf die Wiederholung des Richtigen verlässt.

Wir wissen, dass Antisemitismus menschenverachtend ist. Wir wissen, dass Demokratie und Menschenwürde geschützt werden müssen.

Aber dieses Wissen allein sagt noch wenig darüber aus, wie wir handeln, wenn unsere Überzeugungen mit unseren eigenen Interessen in Konflikt geraten.

Die Verurteilung vergangenen Unrechts ist noch kein Beweis für gegenwärtige Zivilcourage.

Meine Damen und Herren,

am 9. November 1938 brannte in Emden die Synagoge.

Jüdische Menschen wurden verfolgt, gedemütigt und misshandelt. Männer wurden verschleppt. Eigentum wurde zerstört.

Es war kein spontaner Gewaltausbruch. Es war staatlich organisierter und gelenkter Terror.

Und es war eine weitere Eskalation einer Verfolgung, die bereits 1933 begonnen hatte.

Jüdische Menschen waren systematisch aus Berufen, Vereinen und dem gesellschaftlichen Leben gedrängt worden. Die Nürnberger Gesetze hatten ihnen grundlegende staatsbürgerliche Rechte genommen.

Die entscheidende Voraussetzung für die weitere Verfolgung war längst geschaffen worden: Ein Teil der Bevölkerung war rechtlich und gesellschaftlich zu Menschen zweiter Klasse erklärt worden.

Und große Teile der Gesellschaft hatten sich daran gewöhnt.

Wenn wir heute auf diese Zeit zurückblicken, stellen wir uns die Täter häufig als Menschen vor, die uns vollkommen fremd sind.

Als fanatische Ideologen und brutale Gewalttäter.

Viele waren genau das.

Aber die nationalsozialistische Verfolgung funktionierte nicht allein durch überzeugte Nationalsozialisten.

Sie brauchte Behörden und Verwaltungen. Menschen, die Entscheidungen trafen, Listen führten und Anordnungen ausführten.

Sie brauchte Menschen, die von der Entrechtung anderer profitierten.

Und sie traf auf eine Gesellschaft, in der zu viele bereit waren, das Unrecht hinzunehmen.

Dabei waren sich Opfer und Täter häufig keineswegs fremd.

Sie lebten Tür an Tür. Haus an Haus.

Sie waren Nachbarn, Arbeitskollegen, Geschäftsleute und Vereinsmitglieder.

Jüdische Familien hatten über Jahrhunderte zum Leben unserer Stadt gehört.

Und plötzlich sollten sie nicht mehr dazugehören.

Nicht, weil sich diese Menschen verändert hatten.

Sondern weil eine verbrecherische Ideologie darüber entschied, wer dazugehören durfte und wer nicht.

Das führt uns zur unbequemen Frage: **Was hätten wir getan?**

Wenn wir 1938 in Emden gelebt hätten?

Wenn wir gesehen hätten, wie unsere jüdischen Nachbarn verfolgt wurden?

Ich würde mir wünschen, dass ich widersprochen hätte. Dass ich geholfen hätte.

Aber ich weiß es nicht.

Und ich halte es für gefährlich, sich dessen allzu sicher zu sein.

Denn diese Gewissheit erlaubt uns, uns selbst in einer Vergangenheit moralisch zu bewähren, in der wir niemals handeln mussten.

Sie kostet uns nichts.

Der Philosoph Theodor W. Adorno hat nach Auschwitz darauf hingewiesen, dass historisches Wissen allein nicht genügt, um eine Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern.

Entscheidend ist auch die Fähigkeit zur Selbstreflexion, der Widerstand gegen autoritäres Denken und die Bereitschaft, sich nicht blind einem Kollektiv unterzuordnen.

Menschen können gebildet sein und dennoch unmenschlich handeln.

Sie können die Geschichte kennen und trotzdem ihren Vorurteilen folgen.

Historisches Wissen ist notwendig. Aber es ist keine Garantie für moralisches Handeln.

Meine Damen und Herren,

gerade hier in Emden bekommt diese Erkenntnis eine besondere Bedeutung.

Denn die Verfolgung unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist nicht nur eine Geschichte nationalsozialistischer Machthaber in Berlin.

Sie ist auch eine Geschichte unserer Stadt und ihrer Institutionen.

1939 setzte sich der damalige Emder Oberbürgermeister Renken gemeinsam mit den Landräten von Aurich und Norden für die Deportation jüdischer Menschen in das besetzte Polen ein.

Natürlich trage ich keine persönliche Schuld an den Entscheidungen meines damaligen Amtsvorgängers.

Schuld ist persönlich. Sie lässt sich nicht vererben.

Aber wir sollten uns vor der Vorstellung hüten, wir könnten uns deshalb von der historischen Schuld unseres Landes und der Verantwortung, die daraus erwächst, einfach befreien.

Denn wovon eigentlich wollen wir uns befreien?

Von der Erinnerung an die Opfer? Von der Verantwortung für unsere Geschichte? Oder von der Verpflichtung, aus ihr Konsequenzen für unser heutiges Handeln zu ziehen?

Die Geschichte unseres Landes ist keine Last, die wir ablegen können, sobald wir sie als unbequem empfinden.

Sie gehört zu uns. Auch dort, wo sie uns beschämt. Auch dort, wo wir uns wünschen würden, sie wäre eine andere.

Wir können uns von persönlicher Schuld freisprechen, die wir nicht tragen. Aber wir können uns nicht von einer Geschichte freisprechen, deren Verantwortung wir geerbt haben.

Ich stehe heute in einem Amt, zu dessen Geschichte auch die Entscheidungen meines damaligen Amtsvorgängers gehören.

Ich habe diese Geschichte nicht zu verantworten. Aber ich trage Verantwortung dafür, wie wir heute mit ihr umgehen und welche Konsequenzen wir aus ihr ziehen.

Denn Institutionen sind nicht aus sich heraus gut oder böse. Sie werden von Menschen gestaltet.

Ihre Macht kann dem Schutz der Menschen dienen – oder ihrer Entrechtung.

Auch das nationalsozialistische Deutschland hatte Gesetze, Gerichte und Verwaltungen.

Aber der Staat selbst war zum Instrument der Verfolgung geworden.

Nicht jede staatliche Entscheidung ist gerecht, nur weil sie von einer zuständigen Behörde getroffen wird. Und nicht jedes Gesetz ist moralisch richtig, nur weil es geltendes Recht ist.

Unser Grundgesetz zieht daraus eine fundamentale Konsequenz:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Nicht die Würde des deutschen Menschen.

Nicht die Würde des Menschen, der unsere Überzeugungen teilt.

Sondern die Würde jedes Menschen.

Das ist die Grundlage unseres demokratischen Rechtsstaates.

Und sie muss Maßstab unseres Handelns bleiben – gerade auch für diejenigen, denen öffentliche Verantwortung übertragen wurde.

Meine Damen und Herren,

vor wenigen Wochen haben wir in Emden an den 85. Jahrestag der Deportationen jüdischer Menschen aus unserer Stadt erinnert.

Im Oktober 1941 wurden die letzten jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner aus Emden verschleppt. Allein am 23. Oktober wurden 122 Menschen in das Ghetto Litzmannstadt deportiert.

Damit endete nach rund 400 Jahren das jüdische Gemeindeleben in unserer Stadt.

Vier Jahrhunderte jüdischer Geschichte.

Und dann war diese Gemeinschaft durch Verfolgung, Vertreibung und Deportation ausgelöscht.

Die Max-Windmüller-Gesellschaft und die Projektgruppe „Keep the Memory Alive!“ haben an diese Menschen erinnert.

Ihre Namen wurden verlesen. Vor dem Bahnhof entstand ein Davidstern aus Kerzen.

In der jüdischen Tradition kommt der Bewahrung des Namens eines Verstorbenen eine besondere Bedeutung zu. Denn solange sein Name genannt und seine Geschichte weitererzählt wird, bleibt die Erinnerung an ihn lebendig.

Die Nationalsozialisten wollten diese Menschen nicht nur ermorden. Sie wollten auch ihre Geschichte, ihre Identität und ihre Zugehörigkeit auslöschen.

Indem wir ihre Namen aussprechen, widersetzen wir uns diesem Anspruch.

Wir geben ihnen nicht ihr Leben zurück. Aber wir bewahren, was die Täter ihnen ebenfalls nehmen wollten: ihren Platz in unserer Erinnerung.

Denn ein Mensch ist mehr als die Zahl auf einer Deportationsliste. Und sein Name verdient es, nicht vergessen zu werden.

Hinter jeder Zahl stand ein Name und hinter jedem Namen ein Mensch. Mit einer Familie, einer Geschichte und einer Zukunft, die ihm gewaltsam genommen wurde.

Dass gerade junge Menschen diese Erinnerung weitertragen, ist von unschätzbarem Wert.

Denn wir erleben derzeit einen historischen Übergang.

Die Generation der Zeitzeugen verlässt uns.

Noch im Januar durften wir in Emden gemeinsam mit Albrecht Weinberg eine bewegende Gedenkveranstaltung erleben.

Ein Mensch, der die Konzentrationslager überlebt und einen großen Teil seiner Familie verloren hatte.

Und der dennoch immer wieder von seinen Erfahrungen erzählte.

Gerade jungen Menschen.

Im Mai dieses Jahres ist Albrecht Weinberg im Alter von 101 Jahren gestorben.

Beim Internationalen Filmfest Emden-Norderney konnten wir ihn in dem Dokumentarfilm „Es ist immer in meinem Kopf“ noch einmal erleben.

Seine Stimme hören. Seine Geschichte erfahren.

Doch mit dem Tod der Zeitzeugen wird die historische Wahrheit nicht unsicherer. Die Verbrechen sind umfassend dokumentiert und erforscht.

Aber etwas anderes geht verloren: Die unmittelbare Begegnung mit Menschen, deren Lebensgeschichte uns jede bequeme Distanz zur Vergangenheit nimmt.

Die Zeitzeugen haben uns die Erinnerung nicht abgenommen. Aber sie haben es uns schwerer gemacht, ihrer Zumutung auszuweichen.

Jetzt liegt diese Verantwortung bei uns.

Meine Damen und Herren,

auch die amerikanische Künstlerin Marsha Pels stellt uns in ihrer aktuellen Ausstellung im Ostfriesischen Landesmuseum eine unbequeme Frage.

Ihr Großvater stammte aus Emden und wanderte bereits 1899 nach New York aus.

In ihrem „Reclaimed Site Bunker-Projekt“ bringt sie zwei Orte unserer Stadtgeschichte miteinander in Beziehung:

Einen Bunker aus dem Zweiten Weltkrieg. Und die zerstörte Emder Synagoge.

Dahinter steht eine Frage, die weit über die Kunst hinausgeht: **Woran erinnern wir uns eigentlich, wenn wir uns an unsere eigene Geschichte erinnern?**

Wir Emder wissen um die Bedeutung des 6. September 1944.

Wir erinnern an die Bombardierung unserer Stadt, an die Zerstörung der historischen Innenstadt und an das Leid der Menschen.

Und dieses Gedenken ist wichtig.

Aber die jüdische Gemeinde Emdens war bereits zerstört, bevor große Teile unserer Stadt in Trümmern lagen.

Diese Ereignisse sind historisch nicht gleichzusetzen. Und das Leid der Menschen darf nicht gegeneinander aufgerechnet werden.

Aber beide Erinnerungen stellen unterschiedliche Fragen.

Die eine fragt nach dem Leid, das Menschen in unserer Stadt erfahren haben.

Die andere fragt auch nach dem Unrecht, das Menschen aus unserer Stadt anderen Menschen zugefügt haben.

Eine Gesellschaft erkennt man nicht nur daran, woran sie sich erinnert. Sondern auch daran, welche Erinnerungen sie bereit ist, miteinander in Beziehung zu setzen.

Denn es ist leichter, sich an eigenes Leid zu erinnern, als sich der Verantwortung der eigenen Gemeinschaft zu stellen.

Und genau deshalb ist Erinnerung mehr als die Bewahrung historischer Ereignisse.

Sie verlangt die Bereitschaft, das eigene Selbstbild infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren,

im November vergangenen Jahres durfte ich im Auftrag des Landes Niedersachsen nach Israel reisen. Anlass waren 60 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel.

Diese Reise hat mich tief bewegt und lässt mich bis heute nicht los.

In **Yad Vashem**, der zentralen israelischen Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, habe ich einen Kranz niedergelegt.

Wir Deutschen beschäftigen uns mit der Shoah häufig aus der Perspektive der Täter. Wir fragen, wie die Nationalsozialisten an die Macht gelangen konnten, wie die Verfolgung organisiert wurde und wie Menschen zu solchen Verbrechen fähig waren.

Das sind wichtige und notwendige Fragen.

Aber in Yad Vashem verändert sich der Blickwinkel.

Dort wird die Geschichte vor allem aus der Perspektive der Opfer erzählt.

Wir begegnen nicht zuerst den Tätern und ihren Verbrechen, sondern den Menschen, deren Leben sie zerstört haben.

Wir erfahren, wer diese Menschen waren, bevor sie zu Opfern wurden. Wie sie lebten, wen sie liebten, welche Hoffnungen und Träume sie hatten.

Und plötzlich stehen nicht mehr die Täter im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit, sondern diejenigen, denen sie ihre Zukunft genommen haben.

Das hat mich besonders berührt. Denn die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden sind nicht einfach eine historische Zahl. Es waren sechs Millionen individuelle Leben. Und jedes einzelne war einzigartig.

Yad Vashem setzt der Ideologie der Auslöschung der Nationalsozialisten die Erinnerung entgegen.

Und vielleicht müssen wir auch in unserer deutschen Erinnerungskultur noch häufiger die Perspektive wechseln.

Nicht nur fragen, wie Menschen zu Tätern werden konnten.

Sondern uns ebenso fragen, welche Menschen wir verloren haben – und welche Zukunft mit ihnen vernichtet wurde.

Während derselben Reise habe ich auch das Gelände des Nova-Musikfestivals besucht.

Dort, wo am 7. Oktober 2023 junge Menschen Musik hören, tanzen und gemeinsam feiern wollten.

Und wo Terroristen der Hamas ein furchtbares Massaker verübten.

Ich war auch im Kibbuz Nahal Oz, der an diesem Tag überfallen wurde.

Dort haben wir einen Baum gepflanzt.

Und als wir dort standen, lagen noch immer leere Patronenhülsen auf dem Boden.

Ich konnte sie einfach aufheben.

Mehr als zwei Jahre nach dem Überfall.

Wir pflanzten einen Baum als Zeichen für Leben und Zukunft. Und unmittelbar daneben lagen noch die Spuren der Gewalt, die dort Menschen das Leben gekostet hatte.

Die Berichte der Einwohner kann und konnte ich nicht begreifen.

Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der über den Tod gesprochen wurde. Über ermordete Angehörige - and then, he was gone -, über die ständige Bedrohung und über die Möglichkeit, dass sich solche Verbrechen wiederholen könnten.

Ich habe gespürt, wie tief die Angst sitzt, dass selbst Israel, jener Staat, der Jüdinnen und Juden nach Jahrhunderten der Verfolgung eine sichere Heimat bieten soll, ihnen eines Tages wieder genommen werden könnte.

Und mir wurde bewusst, dass wir Deutschen uns kaum vorstellen können, was es bedeutet, wenn die Existenz des eigenen Staates nicht nur eine politische Frage ist, sondern als Voraussetzung für das eigene Überleben empfunden wird.

Diese Angst, diese existenzielle Unsicherheit und die Selbstverständlichkeit, mit der die Menschen darüber sprachen, haben mich tief erschüttert.

Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der über den Tod gesprochen wurde, hat mich erschüttert. Über ermordete Angehörige – „and then, he was gone“ –, über die ständige Bedrohung und über die Möglichkeit, dass sich solche Verbrechen wiederholen könnten.

Ich habe gespürt, wie tief die Angst sitzt, dass selbst Israel, jener Staat, der Jüdinnen und Juden nach Jahrhunderten der Verfolgung eine sichere Heimat bieten soll, ihnen eines Tages wieder genommen werden könnte.

Und mir wurde bewusst, dass wir Deutschen uns kaum vorstellen können, was es bedeutet, wenn die Existenz des eigenen Staates nicht nur eine politische Frage ist, sondern als Voraussetzung für das eigene Überleben empfunden wird.

Gerade vor diesem Hintergrund befremdet es mich, mit welcher Selbstverständlichkeit in Deutschland bisweilen wieder darüber diskutiert wird, ob man sich überhaupt zum Existenzrecht Israels bekennen müsse.

Für Deutschland darf das Existenzrecht Israels keine Frage politischer Opportunität sein. Es ist eine unverhandelbare Konsequenz aus unserer Geschichte.

Darüber darf es keine Zweideutigkeit geben. Nicht in Berlin. Nicht in Emden. Und auch nicht innerhalb politischer Parteien.

Denn historische Verantwortung lässt sich nicht nach Zuständigkeiten aufteilen. Sie endet nicht an Landesgrenzen, Parteigrenzen oder dort, wo eine Debatte politisch unbequem wird.

Selbstverständlich darf und muss auch die Politik israelischer Regierungen kritisiert werden können. Das gehört zu einer offenen demokratischen Auseinandersetzung.

Aber die Kritik an einer Regierung ist etwas grundlegend anderes als die Infragestellung des Existenzrechts eines Staates.

Und wer die Geschichte unseres Landes ernst nimmt, sollte diesen Unterschied nicht verwischen.

Gerade deshalb müssen wir beides zusammen denken: Israels Recht, in Sicherheit zu existieren, und das unveräußerliche Recht der palästinensischen Bevölkerung auf Leben, Würde und eine selbstbestimmte Zukunft.

Das eine darf niemals gegen das andere ausgespielt werden.

Was braucht es, damit aus einem Ort des Verbrechens, wie dem Kibbuz, wieder ein Ort des Lebens werden kann?

Ein Baum kann das Geschehene nicht ungeschehen machen.

Ein Denkmal auch nicht.

Aber beides verweist auf unsere Verantwortung: die Vergangenheit nicht zu verdrängen und zugleich eine Zukunft zu ermöglichen.

Ich war während dieser Reise auch am Gazastreifen – habe die Panzer gesehen, die dort verlegt wurden und den Staub aufgewirbelt haben.

Und ich habe mich mit dem unermesslichen Leid beschäftigt, das der Krieg über die palästinensische Zivilbevölkerung gebracht hat. Mit den Toten. Den zerstörten Lebensgrundlagen. Den Familien, die Angehörige verloren haben.

Ich weiß, wie schwierig es geworden ist, über Israel und Gaza zu sprechen.

Wie schnell Mitgefühl für die eine Seite als mangelnde Solidarität mit der anderen verstanden wird.

Aber gerade hier müssen wir unsere eigenen moralischen Maßstäbe ernst nehmen.

Das Massaker der Hamas vom 7. Oktober war ein barbarisches terroristisches Verbrechen. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Israel hat ein Recht auf Sicherheit. Jüdische Menschen haben ein Recht darauf, ohne Angst vor Terror und Verfolgung zu leben – überall auf der Welt.

Und zugleich hat auch die palästinensische Zivilbevölkerung ein unveräußerliches Recht auf Leben, Sicherheit und Menschenwürde.

Kein politisches Ziel und keine militärische Strategie entbinden von der Verpflichtung, menschliches Leben zu schützen.

Die Shoah darf dabei nicht mit den Ereignissen unserer Gegenwart gleichgesetzt werden.

Ebenso wenig dürfen jüdische Menschen in Deutschland für Entscheidungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht oder palästinensische Zivilisten mit der Hamas gleichgesetzt werden.

Aber die grundlegende moralische Erkenntnis bleibt:

Die Würde des Menschen ist unteilbar.

Sie gilt für jeden Menschen. Unabhängig von seiner Religion, seiner Herkunft oder seiner Staatsangehörigkeit.

Und sie gilt auch dann, wenn wir das Handeln eines Menschen verurteilen oder seine Überzeugungen entschieden ablehnen.

Denn es ist leicht, die Menschenwürde derjenigen zu verteidigen, die uns nahestehen.

Ob wir diesen Grundsatz wirklich verstanden haben, zeigt sich erst dort, wo wir bereit sein müssen, ihn auch für diejenigen gelten zu lassen, die uns fremd sind oder deren Überzeugungen wir nicht teilen.

Menschenwürde ist kein Privileg, das wir nach Sympathie vergeben. Sie ist ein Recht, das niemandem abgesprochen werden darf.

Meine Damen und Herren,

damit sind wir wieder bei der Frage, mit der ich begonnen habe: Haben wir wirklich verstanden?

Wir leben heute, bei allen Herausforderungen, in einem großartigen demokratischen Rechtsstaat. Mit freien Wahlen, unabhängigen Gerichten, einer freien Presse und garantierten Grundrechten.

Aber Demokratie erhält sich nicht von selbst.

Gerade hat in Emden eine neue Ratsperiode begonnen. Noch verfügen die demokratischen Kräfte über breite Mehrheiten. Doch wir sollten nicht glauben, dass die politischen Verhältnisse von heute auch die von morgen sein werden.

Die Stärke unserer Demokratie bemisst sich nicht allein daran, wie wir ihre Gegner begrenzen, sondern vor allem daran, wie viele Menschen wir für sie gewinnen.

Wir fragen seit Jahren, warum Menschen sich von den demokratischen Parteien abwenden. Diese Frage ist wichtig. Aber wir müssen endlich einen Schritt weitergehen:

Wie gelingt es uns, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und Menschen wieder für die demokratische Mitte zu begeistern?

Nicht indem wir sie abschreiben. Aber auch nicht, indem wir unsere Grundwerte relativieren.

Wir müssen klare Grenzen gegenüber menschenfeindlichen Positionen ziehen, ohne die Menschen aufzugeben, die wir für unsere Demokratie zurückgewinnen wollen.

Hannah Arendt hat uns vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, wenn Menschen ihr eigenständiges Urteilsvermögen aufgeben.

Denn nicht alles, was eine Mehrheit unterstützt, ist deshalb gerecht.

Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit. Sie ist auch die Verpflichtung, die unveräußerlichen Rechte jedes Einzelnen zu schützen.

Meine Damen und Herren,

wir stehen heute hier, um der Menschen zu gedenken, denen unermessliches Leid zugefügt wurde.

Wir gedenken der jüdischen Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die entrechtet, gedemütigt, verfolgt, vertrieben und ermordet wurden.

Wir gedenken der Opfer der Novemberpogrome von 1938.

Wir gedenken der Menschen, die aus Emden deportiert wurden.

Der Familien, die auseinandergerissen wurden.

Der Kinder, denen ihre Zukunft genommen wurde.

Wir gedenken der sechs Millionen jüdischen Menschen, die während der Shoah ermordet wurden.

Und wir erinnern an die jüdische Gemeinde Emdens, die über vier Jahrhunderte ein selbstverständlicher Teil unserer Stadt war.

Ihr Verlust ist ein Verlust für Emden.

Ihre Geschichte bleibt unsere Geschichte.

Und ihre Namen werden nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren,

ich möchte zum Schluss noch einmal auf Marlo Grosshardts Lied zurückkommen.

Auf den Enkel, der sich wünscht, noch einmal mit seiner Großmutter sprechen zu können.

Der Orientierung sucht in einer Zeit, in der vieles, was selbstverständlich schien, wieder infrage gestellt wird.

Vielleicht habe ich auch die falsche Frage gestellt, als ich gefragt habe, was wir am 9. November 1938 getan hätten.

Denn diese Frage können wir nicht beantworten.

Und sie ist moralisch bequem, weil sie uns erlaubt, uns selbst in einer Vergangenheit zu bewähren, in der wir niemals handeln mussten.

Die viel schwierigere Frage lautet also:

Was tun wir heute?

Nicht unter den Bedingungen einer nationalsozialistischen Diktatur.

Sondern unter den Bedingungen unserer Freiheit.

Wir sind nicht persönlich schuldig an den Verbrechen unserer Vorfahren.

Schuld ist persönlich.

Aber Verantwortung endet nicht mit der eigenen Lebensgeschichte.

Wir tragen Verantwortung dafür, welche Konsequenzen wir aus unserer Geschichte ziehen.

Und welche Gesellschaft wir den Generationen hinterlassen, die nach uns kommen.

Vielleicht sollten wir deshalb den Gedanken aus Marlo Grosshardts Lied umkehren.

Vielleicht sollten wir weniger darüber nachdenken, was unsere Großeltern uns heute sagen würden. Vielleicht sollten wir uns fragen, was wir unseren Enkeln eines Tages antworten werden.

Wenn sie uns fragen, wie wir mit unserer Freiheit umgegangen sind.

Was wir getan haben, als Menschen ausgegrenzt wurden.

Ob wir widersprochen haben, als Unrecht geschah.

Und ob wir die Würde anderer Menschen auch dann geachtet haben, wenn es unbequem wurde.

Die Geschichte wird uns diese Fragen nicht abnehmen.

Und die Erinnerung wird sie nicht für uns beantworten.

Das müssen wir selbst tun.

Denn die gefährlichste Form des Vergessens besteht vielleicht nicht darin, dass wir die Geschichte nicht mehr kennen. **Sondern darin, dass wir glauben, ihre Lehren längst verstanden zu haben.**

Vielen Dank.